



ZUKUNFT IN WITTEN VERLANGT KOMMUNALEN WIDERSTAND! NEUE POLITIKER SIND GEFRAGT

Von Achim Czulwick – Ratsmitglied (AUF Witten)

Witten ist pleite. Das jahrelange Sparen mit dem Argument „kein Geld da“ und „Schulden abbauen“ war nichts als ein politischer Trick der jeweils regierenden Parteien, die Ursachen der stetig wachsende Verschuldung zu vertuschen. Die von der Landes- und Bundesregierung, gleich welcher Koalition, angekündigte Hilfe, diene ebenso wenig dem Schuldenabbau.

Im Gegenteil wurde über Kommunalaufsicht eine Art Zwangsverwaltung organisiert. Sie stellte sicher, dass „Sparen“ und wachsende Verschuldung Hand in Hand gingen. Schließlich braucht die Bundesregierung Geld, für Subventionen an Unternehmen und Zinsen an die Banken. Es gab daher keinen politischen Willen in diesen Regierungen, die Verschuldung zu stoppen.

AUGENWISCHEREI

Mit dem angeblich *alternativlosen Sparzwang* wurden Kinderspielplätze und Sportplätze geschlossen oder verkauft, wurden notwendige Investitionen in Straßen und öffentliche Gebäude verweigert, wurde die Kulturförderung gedeckelt, wurden Gebühren erhöht.

Über die erhöhte Grundsteuer B werden auch alle Mieter für die Schulden tilgung der Stadt zur Kasse gebeten.

Überdeutlich sichtbar ist die *Armutsentwicklung in der Stadt*. Das marode Rathaus in Witten symbolisiert nicht nur diese Politik, sondern

auch den Zerfall unserer Stadt.

Die Straßen sind teilweise in einem *erbarmungswürdigen Zustand*. Unermüdlich verfüllen städtische Mitarbeiter auf Geheiß ihrer Vorgesetzten entstandene Löcher mit dem Ergebnis, dass ein paar Wochen später bis zu fußballgroße Asphalt-Brocken ausbrechen und verkehrsgefährdend herumfliegen. Unsere Hinweise auf andere Kommunen, die beschädigte Straßen sofort abhobeln und kostengünstig und nachhaltig mit Asphalt-Recycling arbeiten, wurden ignoriert.

Doch die von oben verordnete *Ausverkaufspolitik* missachtet wider besseren Wissens der Stadt-Verwaltung sinnvolle Vorschläge. Das *Aufhübschen* bestimmter Plätze wie des Berliner Platzes ist denn auch reine Augenwischerei.

macht sich sogar der Städtetag zum Fürsprecher für so etwas wie „*Hartz IV für Kommunen*“. Danach sollen die Städte nur noch eine „*Mindestfinanzanenausstattung*“ erhalten, alles soll auf die Basis eines „*finanziellen Existenzminimums*“ umgestellt werden.

Dabei ist allein schon jetzt die *Schulenausstattung in Witten auf dem unteren Niveau und das Bildungs- und Kultur- wie Sportangebot völlig unzureichend*.

Inhalt

- 1/2 Kommunalen Widerstand
- 3 Giftmüll unter Tage
- 4/5 Zuschriften
- 6 Drei Teiche verlanden
- 7 Kürzung öffentl. Nahverkehr
- 8 Rathausanierung: kein PPP
- 9 Kommunalwahl 2014
- 10 Internationaler Frauentag
- 11 Stillschweigend hinnehmen?
- 12 Kolumne, Termine

SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN!

Dennoch ist es feste Absicht der Bundesregierung mit der Opposition, dass es so weitergeht. An der Unterfinanzierung der Kommunen wie an ihrer Verschuldung ändert sich nichts. In Anerkennung dieser Tatsache





WAS WIR IN WITTEN BRAUCHEN

Wir brauchen kommunalen Widerstand gegen diese Umverteilungspolitik. Das ist die Richtung, für die *AUF Witten* steht.

Wir brauchen bezahlbare Wohnungen, gut ausgestattete Ganztagschulen mit kostenloser Verpflegung für die Kinder, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, den Übergang zu 100% regenerativer Energie, die Instandsetzung der meisten Straßen.

Es ist inakzeptabel, auf diese notwendigen Daseinsvorsorge zu verzichten, damit Banken „gerettet“ werden sollen und die Bundeswehr in noch mehr Auslandseinsätze geschickt werden kann.

Für das überparteiliche Personenwahlbündnis *AUF Witten* bin ich nunmehr seit 10 Jahren im Rat.

Immer wieder habe ich dort die Einstellung der Zinszahlungen und die Niederschlagung der Schulden verlangt. Widerlegt werden konnten meine Argumente nicht, meine Prognosen über die Schuldenentwicklung wurden jedes Jahr bestätigt.

Nicht unsere Forderung war „realitätsfern“, sondern die Vorstellung, mit dem

sogenannten Sparen die Verschuldung der Stadt überwinden zu können.

Geld für die Menschen in der Stadt wäre da, das zeigen die **Abermilliarden, die im weltweiten Spekulationsfieber verheizt worden sind**. Alleine mit der vom Steuerzahler aufgebrauchten Schuldensumme für die *Hypo Real Bank* in Höhe von 130 Milliarden € hätten alle ausstehenden Investitionen der deutschen Kommunen finanziert werden können.

Im Übrigen ist der Schuldenschnitt

eine seit langem durchaus gängige Praxis im internationalen Finanzmaßstab.

Davon werden aber die Kommunen ganz bewusst ausgenommen, denn ihnen obliegt ja die Rolle, ständig von unten her die Gelder für den Bundes- und die Länderhaushalte sprudeln zu lassen.

Doch der Punkt, an dem das Spielchen so nicht mehr weitergehen kann, ist schon längst erreicht. Tagtäglich spüren wir die negativen Konsequenzen daraus.

Die Analyse wie die Schussfolgerung sind deshalb glasklar:

OHNE SCHULDENSCHNITT KOMMT WITTEN NICHT AUF DIE BEINE

Unter anderem dafür werden wir **erneut kandidieren**. Das ist gleichzeitig eine Absage an die Traumtänzeri der städtischen Haushaltsberechnungen, wonach so in absehbarer Zeit eine ausgeglichene Haushaltssituation erreicht werden könne. Von diesen Träumen kann sich niemand etwas kaufen.

Vor allem aber stellen wir uns zur Wahl, weil wir mithelfen wollen, einen kommunalen Widerstand für eine lebenswerte Stadt zu organisieren. Ohne diesen Widerstand gibt es keine Lösung!

Was ist und wofür steht AUF Witten?

AUF Witten ist ein überparteiliches Kommunalwahlbündnis.

Niemand wird auf ein Parteiprogramm festgelegt.

Jeder, außer Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern, kann gleichberechtigt mitarbeiten.

Wie Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zu gemeinsamen Lösungen für die kommunale Daseinsfürsorge kommen, regeln unsere Grundsätze und Satzung.

Damit haben wir seit Gründung 2003 sehr gute Erfahrungen gemacht. Seit 2004 ist *AUF Witten* mit einem Mandat im Wittener Stadtrat vertreten.

Dort arbeiten wir als Sprachrohr kommunaler Bewegungen für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft für unsere Jugend.

AUF bedeutet: **Alternativ • Unabhängig • Fortschrittlich**

SOLIDARITÄT MIT CHRISTIAN LINK

SPRECHER DER BERGARBEITERBEWEGUNG „KUMPEL FÜR AUF“

von Jan Vöhringer – Mitglied von AUF Witten

Als Sprecher der Bergarbeiterbewegung „Kumpel für AUF“ und Umweltreferent informierte der Bergmann Christian Link mutig und kompetent die Öffentlichkeit über die Einlagerung von Giftmüll unter Tage seit den 1980er Jahren und die Gefahr für das Trinkwasser durch steigendes Grubenwasser durch die Ruhrkohle AG (RAG), neuerdings *Evonik* genannt. Jetzt wurde ihm von der RAG ein Anfahrverbot auf allen Zechen erteilt. Das kommt einem Berufsverbot gleich und ist ein einmaliger Vorgang.



GIFTMÜLL UNTER TAGE – WURUM GEHT ES?

In den 1980er und 1990er Jahren wurden mit Genehmigung der damaligen Landesregierungen in stillgelegten Zechen **1,6 Millionen Tonnen Müll** eingelagert, **darunter über 600.000 Tonnen hoch belasteter Giftmüll** aus Müllverbrennungsanlagen und anderen Betrieben.

Die angebliche sichere Deponierung von Müll unter Tage erweist sich als **tickende Zeitbombe** für das Trinkwasser in einem Gebiet weit über das Ruhrgebiet hinaus. Besonders dann, wenn die RAG, um bei den sogenannten „Ewigkeitskosten“ des Bergbaus zu sparen, die Wasserhaltung zurückfährt. Das dadurch ansteigende Grubenwasser droht dann, die Gifte in den verfüllten Stollen herauszulösen und weiträumig zu verteilen.

STATT GEGENBEWEISEN DRAKONISCHE STRAFE

Mit dem Anfahrverbot reagiert die

RAG in Form einer drakonischen Strafe gegen Christian Link, hat ihrerseits aber keinen einzigen Fakt widerlegen können. Hätte Christian Link die Unwahrheit gesagt, wäre die RAG inhaltlich und sicher auch juristisch dagegen vorgegangen. Aber offensichtlich stimmt jedes Wort und so greift man zu Repression, Einschüchterungsversuch und Maulkorb.

Dieses Vorgehen der RAG ist einmalig und zeigt, wie nervös der Riesenkonzern wird, wenn seine Verbrechen und die anderer Konzerne aufgedeckt werden.

Wir fordern die Aufdeckung der Einlagerung von Giftmüll unter Tage und die sofortige Auslagerung auf Kosten der RAG und allen Betrieben die ihren Giftmüll billig eingelagert haben.

ES GEHT NICHT NUR UM CHRISTIAN LINK ...

Christian Link ist Sprecher der Bergarbeiterbewegung „Kumpel für AUF“. Das ist eine bundesweite kämpferische Bergarbeiterinitiative,

die sich für den Erhalt der Arbeitsplätze im Bergbau einsetzt. Sie ist in allen Städten, in denen es Zechen gibt, aktiv.

Im letzten Jahr machte „Kumpel für AUF“ den Giftmüllskandal in der Öffentlichkeit bekannt. Stadträte wie Werner Engelhardt von *BergAUF Bergkamen* oder Monika Gärtner-Engel von *AUF Gelsenkirchen* nahmen Akteneinsicht zu den Giftmüllleinlagerungen und führten Veranstaltungen durch. Trotz Androhung eines Ordnungsgeldes der Stadt Gelsenkirchen wegen angeblichen „Geheimnisverrats“.

Dieser Angriff auf Christian Link ist ein Angriff auf alle kämpferischen Kräfte, die sich von Konzernen wie der RAG nicht den Mund verbieten lassen, mutig ihre Meinung sagen und aktiv sind für die Interessen der Menschen. Diese Angriffe müssen konsequent zurückgeschlagen werden. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen und müssen die Solidarität aktiv organisieren!

AUF WITTEN FÜR DIE RETTUNG DER UMWELT

AUF Witten hat sich den Kampf um die Rettung der Umwelt vor der Profitgier auf die Fahnen geschrieben. Dazu gehören auch die Giftmüllleinlagerungen unter Tage.

Mit der **Umwelt AG**, die sich regelmäßig trifft, beschäftigen wir uns genau mit diesen Fragen, machen sie öffentlich und organisieren den aktiven Widerstand.

Wir werden die Repression gegen Christian Link nicht hinnehmen und aktiv mithelfen, die Solidarität zu organisieren. Dazu wird die Umweltfrage eines unserer zentralen Themen in unserem Kommunalwahlkampf sein. Für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde!



ZUSCHRIFTEN

(LESERBRIEFE MÜSSEN NICHT DER MEINUNG DER REDAKTION ENTSPRECHEN)

HERZ FÜR KINDER? FEHLANZEIGE!

Die Kindergärten vor Ort befürchten, dass die Erhöhung der Energiekosten im nächsten Jahr von ihnen nicht mehr zu stemmen sind! Die katholischen Kindergärten in Bommern haben dieses dringliche Problem bereits öffentlich angesprochen.

Ganz anderes aber die Stromkosten der Industrie: noch nie waren die Rabatte für ihre Stromkosten so hoch wie heute, und das, obwohl sie ein vielfaches vom Strombedarf eines Kindergartens verbrauchen!

Auch an anderer Stelle wird auf Kosten der Kinder gespart, um diese Subventionspolitik bezahlen zu können. So sind die für Kindergartengruppen mit 27-30 Kindern gesetzlich verankerten

anderthalb festen Tageskräfte bei weitem nicht ausreichend. So kann man Kinder nicht richtig entwickeln, sondern höchstens beaufsichtigen. Dabei weiß jeder, dass diese ersten Kleinkindjahre entscheidend sind für den weiteren Lebensweg.

Eine mir bekannte Elterninitiative hat in ihrem Kindergarten auf der Annenstraße (neben Firma Böhmer) vier feste Kindergärtnerinnen für eine Gruppe von 30 Kindern durchgesetzt.

Ein wie ich finde optimales Angebot für Kinder und Personal.

Davon inspiriert habe mich schriftlich an die Siedlungsgesellschaft am Lutherplatz mit der Bitte gewandt, ein Kindergartenprojekt zum Beispiel zusammen mit den Stadtwerken auf die Beine zu stellen.

Doch auf ein positives Zeichen warte ich noch heute. Keine Antwort, weder schriftlich, telefonisch noch per E-Mail.



Der richtige Slogan, „die Zukunft gehört den Kindern“ wird deshalb bestimmt nicht von solchen fest im Sattel sitzenden Betonköpfen in die Tat umgesetzt werden.

Eine solche Erwartung wäre reines Wunschdenken angesichts fehlender zeitgemäßer Veränderungen und Taten.

Mein Mann und ich haben beide lange Zeit fest daran geglaubt, dass die Eliten in unserem Land, so mittelmäßig sie auch sind, auf allen politischen Ebenen das Beste für alle wollen.

Doch in Wahrheit verfolgen sie nur ihre eigenen profitorientierten Interessen!

Bei AUF Witten dagegen stimmen Wort und Tat überein. Lasst Euch weiterhin durch nichts aus der Bahn werfen und bleibt am Ball!

Eure alternative Kommunalpolitik ist die richtige Antwort, denn neue Herausforderungen erfordern neue Zielsetzungen.

A.S., Witten



Bei unserer Aktion Kinderfreundliches Witten gestalteten Kinder unter anderem auch dieses Transparent

Kinder erleben
nichts so
scharf und bitter
wie
Ungerechtigkeit

Charles Dickens

Leseranfrage zum Thema: Millionengrab Trianel-KKW

Sie haben ja öfter über die Stadtwerke und ihre Investitionspolitik berichtet. Unter anderem auch über die Stadtwerke-Beteiligung an dem Stadtwerke-Verbund TRIANEL.

TRIANEL betreibt ja auch den Steinkohlekraftwerks-Neubau in Lünen. Das ist nicht nur ein umweltpolitischer Anachronismus, sondern offensichtlich ein Millionengrab, wie sie ja ausführlich bereits vor einem Jahr in ihrer Zeitung Nr. 1/2013 dargelegt haben.

An dieser Beteiligung ist bereits eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Flensburg insolvent gegangen und verschiedene Stadtwerke haben bereits Verlustrückstellungen in ihre Haushalte eingeplant.

Sie berichteten damals auch über ihre Anfrage an die Bürgermeisterin, welche finanziellen Auswirkungen für den Kommunalhaushalt diese Angelegenheit haben würde. Damals war der Stand: *Keine Antwort ist auch eine Antwort.*

Hat sich in dieser Beziehung etwas getan?

Name der Redaktion bekannt

Antwort der Redaktion:

Das umstrittene Kohlekraftwerk ist am 1.12.2013 nach langem Rechtsstreit in den **Dauerbetrieb** gegangen. Wie das Genehmigungsverfahren ablief und wie mit den Einsprü-

chen umgegangen wurde, ist ein anderes, dennoch äußerst interessantes Thema, das wir nicht aus dem Auge verlieren, aber aus Platzgründen an anderer Stelle behandeln wollen. Wir werden dazu natürlich auch eine ausführliche Stellungnahme der Bürgerinitiative *Kontra Kohle Kraftwerk Lünen* einholen.

Jetzt zum Kern Ihrer Frage, nämlich den kommunalpolitischen Auswirkungen in Witten. Zunächst einmal noch mal zur Information anderer Leser unsere damaligen Fragen an die Bürgermeisterin:

● **Wie hoch ist der Anteil der Stadtwerke Witten an dem TRIANEL-Kohlekraftwerk?**

● **Gibt es ähnlich den Stadtwerken Lünen bilanzielle Rückstellungen für zu erwartende Verluste und wie hoch sind diese?**

● **Wie sollen diese Rückstellungen, d.h. Verluste, gegenfinanziert werden?**

● **Welche Auswirkungen auf die Haushaltskonsolidierung werden erwartet, die ja mit Stadtwerke-Überschuss-Einnahmen rechnet?**

Auf alle diese Fragen gibt es immer noch keine Antwort der Bürgermeisterin. Im Zusammenhang mit früheren Fragen an sie als Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke teilte sie uns aber sinngemäß mit, dass ihr die Beantwortung wegen der Rechtsform der Stadtwerke als GmbH **nicht möglich** sei und dass Herr Czulwick deshalb auch **keine besonderen Rechte als Ratsmitglied** besitze. Er könne, wie jeder andere

Bürger auch, **über Geschäftsgeheimnisse eben keine Auskunft erhalten.**

Nunmehr liegt seit einiger Zeit der Haushalt 2014 der Stadt Witten vor.

Da steht auf Seite 6 des Vorberichtes:

„Aufgrund der wirtschaftlichen Belastung der Stadtwerke/ewmr durch die Erzeugerstrompreisentwicklung und durch die Projekte der ewmr/Trianel kann keine Gewinnablieferung eingeplant werden.“

Daraus folgt:

1. Trotz der Rechtsform der GmbH und Geheimniskrämerie hat die finanzielle Situation der Stadtwerke **unmittelbar Einfluss auf den Haushalt** der Stadt.

2. Obwohl Ratsmitglieder über diesen Haushalt abstimmen sollen, darf es Bereiche geben, **wo ihnen der Einblick verwehrt wird.** Dabei geht es um richtig viel Geld in Millionenhöhe.

3. Auch die Erzeugerstrompreise haben mit Trianel zu tun. Denn die beteiligten Stadtwerke sind verpflichtet, den produzierten Strom nicht zu Marktpreisen, **sondern zu Gestehungskosten** abzunehmen. Diese sind im Lünen KKW auf Jahrzehnte höher als der Marktpreis, also ein erhebliches Verlustgeschäft.

4. Die Stadtwerke gehören zu 100 Prozent der Stadt. Damit gibt es nicht nur keine Gewinnablieferung, sondern **die Stadt steht auch für sämtliche Verluste gerade.**

5. Der Wittener Bürger zahlt deshalb mindestens zweimal, wenn nicht öfter. Einmal als **Gebührenzahler** für die Leistungen der Stadtwerke, und einmal als **Steuerzahler** für die Verluste der Kommune. Er zahlt auch als **Einwohner** mit einer verminderten Lebensqualität infolge von Kürzungen im sozialen, kulturellen und verkehrspolitischen Bereich der Stadt.

Und das alles soll nach Auffassung der Bürgermeisterin und ihrer Verwaltung mit den Aufgaben und Befugnissen eines Ratsmitglieds nichts zu tun haben?

Bezeichnenderweise regt sich außer *AUF Witten* niemand der sonst im Rat vertretenen „Vertreter“ auf? Wen vertreten die dann, frage ich mich.

Herzliche Grüße
Romeo Frey



Trianel-Kohlekraftwerk Lünen

WO IST DAS WASSER GEBLIEBEN?

Die Umwelt-AG von AUF Witten war am 2. Februar im Borbachtal. Trotz des regnerischen Vortages führte der Bach oberhalb der drei Teiche weniger Wasser als früher. Die Teiche laufen leer, scheinen aber auch weniger Wasser als früher zu bekommen. Spielt hier nur die Natur verrückt mit extremen Regen oder Hitze, oder wird das Wasser woanders verwendet?

Die Stadtverwaltung will das Borbachtal neu gestalten lassen. Seit Jahren ist bekannt, dass sich im *Borbach*, den *Drei Teichen* und *Hammerteich* mit Schwermetall belastete Sedimente abgesetzt haben.

"NICHT DRAN RÜHREN"

Weil es zu teuer sei, diese zu entsorgen sollen sie dort bleiben. „... *nicht dran rühren*“, so der zuständige Planungsbeamte.

Seit Jahrzehnten kennen wir das Borbachtal. Der Zustand bei den *Drei Teichen* ist erschreckend. Alle Staustufen zwischen den Teichen waren zerstört, auch einer der Wanderwege kaum passierbar.

Nicht nur an den verfaulenden Uferbegrenzungen wird deutlich, dass dieses Erholungsgebiet seit Jahren nicht mehr gepflegt wird. Jetzt will die Stadtverwaltung sich vollends aus der Verantwortung stehlen.

Mitten im Wald seien Äste und Blätter ins Wasser gefallen, da könne man jetzt gar nichts mehr machen, soll doch die Natur den Teichen den Rest geben.



Borbachtal am 2. Februar 2014 (eigenes Foto)
Die mit Schwermetallen belasteten Sedimente sollen verbleiben.

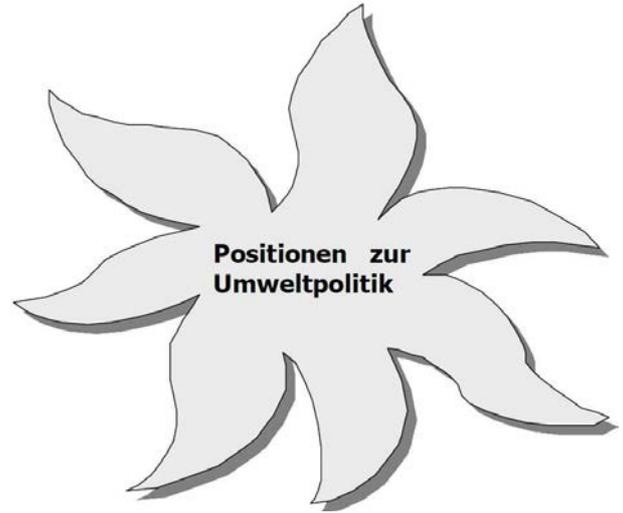
Deckel drauf und vergessen, diese Art von Politik wollen sie auch noch mit so schön klingenden Begriffen wie „*verlanden lassen*“ oder „*Renaturierung*“ verkaufen.

Wir haben in Witten keine Urwälder. Aber auch in unseren forstwirtschaftlich genutzten Kulturwäldern konnten wir und unsere Kinder spielen, Pflanzen, Tiere entdecken, im Morast einsinken, verstecken oder auch nur Spazieren gehen.

Das Borbachtal ist keine Parklandschaft, braucht aber ein Mindestmaß an Pflege, Gestaltung und Betreuung. Angeschwemmte Äste brauchten in früheren Jahren nicht zu verrotten oder die Abflüsse verstopfen.

SCHLAMM DRÜBER...

Aber selbst für solch einfache Aufgaben stellt die Stadtverwaltung



weder Geld noch Fachkräfte zur Verfügung.

Nachdem über Jahre nichts unternommen wurde, würde jetzt eine „Grundsanierung“ bald eine Million kosten. Da trifft es sich gut, den Schwarzen Peter an die EU zu geben.

Die würde eine ökologische Renaturierung von Flüssen wie der Emscher aber auch des Borbachs verlangen.

Da sie dafür auch bezahlen will, kann man sich als Ratsvertreter im Stadtentwicklungsausschuss beruhigt zurück lehnen, vor den Schwermetall-Sedimenten die Augen verschließen. Schlamm drüber... Aus den Augen aus dem Sinn ...?

ZEITGEMÄSS?

Solche künstlich angelegten Teiche seien nicht mehr zeitgemäß argumentiert ein Stadtverantwortlicher. Ökologisch renaturierte Gewässer wie der Grotenbach dürfen natürlich nicht mehr betreten werden.

Deshalb finanziert die Stadt Wasserspielplätze wie am Berliner Platz, da kommt das Wasser computergesteuert aus dem Hahn ...

Als Umwelt-AG setzen wir uns für den Erhalt und dauerhafte Pflege dieses Naturerlebnisbereiches durch städtischen Fachkräfte ein!

Die „Renaturierungs-Pläne“ sollen die Giftstoffe nur verstecken. Schäden für Pflanzen und Tiere in der Umgebung werden ignoriert.

Wir brauchen eine vollständige Entsorgung der Industriegifte aus diesem natürlichen Lebensraum von Mensch und Natur!

KREIS FORDERT WEITERE EINSCHRÄNKUNG DES ÖPNV

Umwelt- und Verkehrspolitik in Zeiten der kommunalen Finanzkrise

von René Schlüter, Mitglied im Vorstand und der Umwelt-AG von AUF Witten

Im Rahmen der ihm obliegenden Überwachung der Finanzen unserer hochverschuldeten Kommune fordert der Ennepe-Ruhr Kreis eine weitere Beschneidung des städtischen Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zur kommunalen Kostenreduzierung. Diese soll unter anderem mit Hilfe von Taktzeitverlängerungen (z.B. stündlich statt halbstündlich), der weiteren Reduzierung der Überschneidung einzelner Buslinien und des Ersatzes von regelmäßigen Buslinien durch sogenannte Anrufsammeltaxis erreicht werden. Wie lässt sich diese Forderung nun umwelt-, verkehrs-, und auch sozial- und finanzpolitisch einordnen und welche Schlussfolgerung können wir daraus für uns ziehen?



Verkehrs-, und damit in diesem Fall auch direkt umweltpolitisch, wirkt sich eine Einschränkung des ÖPNV immer direkt durch eine Verstärkung des Individualverkehrs aus.

Mehr Individualverkehr bedeutet mehr Fahrzeuge auf unseren Straßen und damit mehr Verkehrsprobleme, die die Umweltprobleme natürlich verstärken.

Umweltpolitisch fällt weiterhin ins Gewicht, dass die Erreichbarkeit gerade der städtischen Randgebiete, und damit Wittens grüner Lunge, durch die geforderten Einschnitte stark eingeschränkt würde.

Dieses träfe vor allem Kinder und Jugendliche, Senioren, Behinderte und Menschen die sich ein eigenes Auto aus finanziellen Gründen nicht leisten können oder wollen, womit wir auch eine sozialpolitische Komponente der Forderung hätten.

Finanzpolitisch stellt sich zum einen

die Frage, ob nicht Menschen aus diesen Randgebieten auf Grund der besseren Erreichbarkeit nun vermehrt in unseren Nachbarstädten einkaufen gehen, was die Finanzprobleme unserer Kommune nun wirklich nicht verbessern würde.

Zum anderen stellt sich finanzpolitisch die Frage, wie eine Einschränkung der Attraktivität unserer städtischen Naherholungsgebiete, die sich ja gerade oft in den Randzonen befinden, durch eine Beschneidung ihrer Erreichbarkeit, mehr Menschen in unseren regional bekannten Naherholungsgebieten, und damit mehr Menschen und deren Geld ins Wittener Stadtgebiet bringen soll?

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus nun für uns als Bürger im Allgemeinen und als AUF Witten im Besonderen schließen?

Der aktuelle Umgang mit der Überschuldung unserer kommunalen Finanzen führt zu einer weiteren Verschlech-

terung der Attraktivität unserer Stadt und damit noch zu einer verstärkten Verschlechterung ihrer zukünftigen Einnahmemöglichkeiten.

Des weiteren macht die Sucht nach Finanzoptimierung unter dem Druck der Verschuldung ein wirkliches politisches Agieren unserer Kommune nahezu unmöglich.

Im Sinne wirklicher Umwelt-, Verkehrs-, Sozial- und auch langfristiger Finanzpolitik macht einzig die Niederschlagung der kommunalen Schulden Sinn. AUF Witten fordert ein solches Schuldenmoratorium seit Jahren!

Dieses, und daraus folgende ernsthafte Ansätze, zur Verbesserung der Situation unserer Stadt scheinen unsere städtischen Entscheidungsträger aber weiterhin nicht einmal in Betracht zu ziehen.

Eine langfristige Zukunft unserer Stadt scheint also nur durch eine weitere Erhöhung des Drucks auf jene Entscheidungsträger von Seiten der Wittener Bevölkerung zu erreichen zu sein.

Das ist auch, was AUF Witten mit seinem Motto verkörpert:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Deshalb möchten wir Sie hiermit nochmals persönlich aber auch verschiedenste Organisationen (außer Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern) zu einer themenbezogenen Zusammenarbeit für eine lebenswerte Zukunft unserer Stadt aufrufen.



RATHAUSSANIERUNG PPP ENDLICH VOM TISCH!

Gegen die Stimmen der CDU und der FDP wurde das ursprüngliche Vorhaben der Ratsmehrheit, die überfällige Sanierung des Rathauses von einem privaten Investor als PPP-Modell (Public-Private-Partnership) durchführen zu lassen, endgültig begraben. Über die Gründe, weshalb die SPD jetzt plötzlich ihre bisherige Zustimmung zu PPP ins Gegenteil veränderte, kann man nur spekulieren. Ganze 10 Jahre lang haben die Warnungen von *AUF Witten* vor PPP die SPD nicht davon abgehalten. Hat sie jetzt Angst, dass sie die Realität einholt? Warum auch soll ein privater Investor, dessen erklärtes Ziel das Erzielen von Superprofiten ist, günstiger sein, als wenn man in Eigenregie handelt? Selbst die *Financial Times*, ein Blatt des Kapitals, schrieb am 3. März 2012, dass PPP zum „Kummer für Kämmerer“ geworden ist. Versprochene Festpreise waren nur Lockmittel der Investoren, im Kleingedruckten standen unzählige Leistungen, die extra berechnet wurden. Die Beraterfirmen für die Kommunen gehörten zur PPP-Lobby. Es war zur Regel geworden, dass in der Realisierungsphase mit sogenannten Mehrkostenanmeldungen die Kosten stiegen.



LOBGESÄNGE AUF PPP NICHT NACHVOLZIEHBAR

Wenn jetzt auf positive Erfahrungen mit PPP hier in Witten verwiesen wird, kann das nicht nachvollzogen werden. Interessant wäre mal zu erfahren, wie das begründet wird.

Denn jedem, der sich selbst ein genaues Bild machen will, wie unser Ratsmitglied Achim Czulwick, wird von der Verwaltung ein Riegel vorgeschoben.

Sein Ansinnen jedenfalls, die bestehenden Verträge, wie zum Schiller Gymnasium einzusehen, wurde, mit Verweis auf den privaten Investor und dessen Vertrauensschutz, durch den Kämmerer abgewiesen. Ist das vielleicht nur eine billige Ausrede, um zu verhindern, dass die Wahrheit über die tatsächlichen Kosten der bestehenden PPP-Verträge ans Licht kommt?

RATHAUSSANIERUNG IN EIGENREGIE

Die Sanierung des Rathauses in Eigenregie, mit den Ausschreibungen der einzelnen Gewerke, kann nun sogar so etwas wie ein - wenn auch sehr kleines - Konjunkturprogramm für die Region werden.

Doch hinterlässt die Beschlussvorlage auch viele offene Fragen, die gerade die Kostentransparenz und Kostenkontrolle durch den Rat betreffen. Diese rückt jetzt natürlich in den Mittelpunkt.

Ein Novum war, dass die Partei die LINKE zusammen mit der CDU gegen die Vorlage zur Sanierung des Rathauses in eigener Regie der Stadt gestimmt hat.

Das begründete sie mit zwei „Argumenten“.

Zum einen wäre die Vorlage *völlig überlastet*, was Absicht der Verwaltung wäre, um bewusst Verwirrung zu stiften. Tatsächlich ist die Vorlage überlastet. Aber sie hat eben auch ganz klar die Aussage, **kein PPP-Modell**, sondern Sanierung in Eigenregie der Stadt. Das übersieht die LINKE.

Zum zweiten lehnt die LINKE eine Sanierung des Rathauses in Eigenregie der Stadt ab, stattdessen soll es ein Generalunternehmer sein.

Ein Generalunternehmer ist aber

nur eine verkappte Form des PPP Modells, was der Partei die LINKE nicht mal auffiel.

KOSTENKONTROLLE IM MITTELPUNKT

Als nächstes müssen alle noch unverbindlich oder unklar gebliebenen Fragen geklärt werden, wie der Passus, dass der Rat erst ab einer Summe von 50.000 € bei externen Gutachten einbezogen werden soll. Der Rat aber sollte immer einbezogen sein. Ebenso muss verhindert werden, dass unter Floskeln wie „Inwertsetzung des Rathauses“ Kostenexplosionen à la Elb-Philharmonie oder Limburger Bischofsitz entstehen.

Aber dafür ist die politische Kontrolle ja da, oder etwa nicht?

www.Wikipedia.org



GUT AUFGESTELLT ZUR KOMMUNALWAHL

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Am 26. Januar wählte AUF Witten in einer Mitgliederversammlung seine 25 KandidatInnen für die 25 Wittener Wahlbezirke und eine repräsentative Reserveliste. Anders als bei Bundestags- oder Landtagswahlen gibt es bei Kommunalwahlen keine Zweitstimme. Dadurch, dass AUF Witten 25 Bezirkskandidaten aufstellt, zählt jede für einen unserer DirektkandidatInnen abgegebene Stimme, dass unser alternatives, unabhängiges, fortschrittliches und überparteiliches Personenwahlbündnis wieder im Rat vertreten ist. Mit wie vielen Mandaten, hängt von der erreichten Gesamtstimmenzahl ab.



WOFÜR STEHT DER SPITZENKANDIDAT?

Im künftigen Rat werden 25 Sitze direkt vergeben, durch die Mehrheit im jeweiligen Stimmbezirk. Weitere 25 Sitze über den Stimmenanteil, den die Partei oder Wählergruppe insgesamt erzielt hat. Dafür gibt es eine sogenannte Reserveliste.



Achim Czulwick ist unser Spitzenkandidat. Der gelernte Drucker ist 59 Jahre alt. Zwei Ratsperioden hat er als Ratsmitglied mitgeholfen, dass AUF Witten zum

politischen Faktor geworden ist. Über seine Arbeit stellt er vollständige Publizität her, er versteht sich als Sprachrohr der Bewegungen in Witten, für alle die sich vom Rat nicht vertreten fühlen. Wie in Witten-Stockum, als die asbesthaltige Bedachung der ehemaligen Wellershoff-Hallen unsachgemäß und umweltgefährdend abgetragen wurde – und das in unmittelbarer Nähe eines Kindergartens und mit der Absicht, auf dem freigewordenen Gelände junge Familien anzusiedeln. Wir wurden von Anwohnern informiert und Achim Czulwick blieb im Rat der einzige, der diesen Umweltskandal aufgegriffen und für eine Beachtung der Umweltschutzmaßnahmen gesorgt hat. Letzteres erfolgte stillschweigend. Indirekt wurde so zugegeben, dass die Aufsichtsbehörden von der Stadt bis zur Bezirksregierung in Arnberg komplett versagt haben.

Dies ist nur ein Beispiel, wie wir und unser Ratsmitglied politisch arbeiten. Mehr dazu auf unserer Homepage.

Freunde macht man sich damit im Rat natürlich nicht unbedingt, was zum Beispiel dazu führt, dass unsere Anträge nicht einmal zugelassen werden, seien sie noch so sinnvoll und begründet wie zum Beispiel unser Antrag auf eine Biogasanlage schon vor 6 Jahren.

FRAKTIONSTÄRKE WÄRE EIN ERFOLG

Um ein unabwiesbares Recht auf Antragsstellung zu haben, müssten wir im Gegensatz zu jetzt, wo wir nur ein Ratsmandat besitzen, Fraktionsstatus erreichen, was ab zwei Ratsmitgliedern möglich wird.

Die Wähler haben es also in der Hand, einer aufstrebenden und seit 10 Jahren aktiven und kontrollierbaren Kraft eine größere Chance als bisher einzuräumen und damit auch der Wittener Filzokratie noch mehr als bisher entgegenzusetzen.

Nachfolgend stellen wir noch drei AUF-Mitglieder vor, die sich auf den vorderen Listenplätzen um einen Einzug in den Wittener Stadtrat bewerben.



Herbert Schlüter steht für Kontinuität im Bündnis und ist seit Gründung vor 10 Jahren aktiv in der Umweltarbeit von AUF Witten. Er ist 66 Jahre alt, von Beruf Betriebsschlosser und

Techniker für Arbeitsstudien und Betriebsorganisation. Damit verbunden ein fundierter Sachverstand und die Fähigkeit, technisch komplexe Zusammenhänge exakt zu erfassen und Schwachpunkte zu erkennen. Ihm macht so schnell keiner was vor. Er kandidiert auf Listenplatz 2.



Anna Schmit setzt sich in der Jugendbewegung für eine bessere Zukunft ein und ist von daher auf den alternativen Politikansatz von AUF Witten aufmerksam geworden.

Sie ist auch aktiv in der Montagsdemo gegen Hartz IV. Sie ist 18 Jahre jung und Auszubildende für Gesundheits- und Krankenpflege. Sie steht auf Listenplatz 3.



Jan Vöhringer kommt aus der

Gewerkschaftsjugend und engagiert sich zunehmend auch in der

Kommunalpolitik von AUF Witten. Auch er nimmt regelmäßig an den

Montagsdemonstrationen gegen die herrschende Arbeits- und Sozialpolitik teil und ist umweltpolitisch interessiert. Er ist 26 Jahre alt und von Beruf Prüfer bei der DEMAG in Wetter. Er steht auf Listenplatz 4.

Die Mitgliederversammlung beschloss auch die **Grundzüge unseres Wahlkampfes**, wobei wir auf erfolgreiche **Alleinstellungsmerkmale** zurückgreifen können. **In den letzten 10 Jahren ist es uns gelungen, Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Prägung zum gemeinsamen Handeln zusammenzuschließen:** in der Solidarität mit dem Kampf um jeden Arbeitsplatz, für ein kinderfreundliches Witten, gegen Umweltskandale und für eine hundertprozentige Energiewende und Kreislaufwirtschaft sowie für eine Neuordnung der kommunalen Finanzen.

INTERNATIONALER FRAUENTAG AM 8. MÄRZ

Gastbeitrag der Frauengruppe Courage e.V., Ortsgruppe Witten

Mach den Schluss-STRICH!
Keine Frauensklaverei in Deutschland!

Handeln Sie!
Prostitution - In Deutschland ein Beruf wie jeder andere?
Der Handel mit Frauen in die Zwangsprostitution - dramatisch gestiegen!
Ihre Lebenssituation - schlimmer denn je!
Deutschland - ein Zentrum dieses Handels!

Stimmen Sie für ein Europa ohne Prostitution!

SOLWODI Deutschland e.V.

Szenario:

Agentur für Arbeit: junge Frau - seit einem Jahr arbeitslos - sucht Arbeit, Bordellbesitzer sucht dringend „Arbeitskräfte“ sogenannte Sexarbeiterinnen.

Jetzt müsste nach der gesetzlichen Anerkennung 2002 der Prostitution als Beruf die ARGE-Mitarbeiterin die junge Frau auf das offene Stellenangebot hinweisen und ihr bei Nichtannahme der Arbeit Gelder kürzen. Das passiert so nicht, stillschweigend wird das Gesetz von meist weiblichen ARGE-Mitarbeiterinnen umgangen, aber es wäre rechtens.

Das Prostitutionsgesetz von 2002, von der rot/grünen Bundesregierung beschlossen, stuft Prostitution zivilrechtlich als reguläres Gewerbe ein und liberalisiert die Ausübung.

Das Ansinnen, das Leben der Prostituierten zu erleichtern, in dem sie aus dem Schatten der Illegalität hinaustreten, sich sozialversichern können und auch Steuern bezahlen müssen, wurde pervertiert.

Die Realität 2013 ist: **nur eine Minderheit der Prostituierten haben einen Arbeitsvertrag und Krankenversicherung.** Zwangsprostitution und Menschenhandel nahmen unglaublich zu.

"In Deutschland, wo Prostitution legal ist, ist der Markt 60 Mal größer als in Schweden, wo Prostitution verboten ist. Gleichzeitig hat Deutschland rund 62 Mal so viele Opfer von Menschenhandel wie Schweden, obwohl die Bevölkerung weniger als zehn Mal so groß ist", so Dr. Axel Dreher in einer von der EU finanzierten Studie.

PROSTITUTION – ÄLTESTES GEWERBE ODER ÄLTESTE VERSKLAVUNG DER FRAU?

Frauenhandel und Zwangsprostitution hat in Europa in den letzten Jahren geradezu explosionsartig zugenommen. Das ist der Grund für die in zahlreichen Medien derzeit laufende intensive Auseinandersetzung um diese Frage.

In Schweden ist Prostitution schon länger verboten, Frankreich zieht nach. In Deutschland gilt das liberalste Gesetz von ganz Europa.

Menschenhandel bedeutet unglaublichen Profit: zwischen 32.000 und 100.000 Euro können jährlich durch eine Zwangsprostituierte verdient werden (*Lagebild Menschenhandel 2004*) und seit der Legalisierung der Prostitution verdient der Staat durch Steuereinnahmen munter mit.

Auch wenn es Frauen gibt, die sich offen zu ihrem „Beruf“ bekennen, bleibt es ein Machtverhältnis und eine Degradierung der Frauen auf ihren Körper. **Sklaverei wird auch nicht besser, wenn jemand gerne Sklave ist.**

Prostitution gehört zur besonderen Unterdrückung der Frau und ist die Kehrseite der bürgerlichen Doppelmoral. Erst in einer befreiten Gesellschaft ist auch die Abschaffung der Prostitution möglich und notwendig.

Zwangsprostitution ist eine der vielen Formen von Gewalt gegen Frauen. Der weltweite Widerstand wächst, wie bei Massendemonstrationen in Indien, Nepal und Bangladesh. Auf der nächste Weltfrauenkonferenz 2016 in Nepal ein wichtiges Thema! (*Ulrike Held, Bundesvorstand Courage*)

AUFRUF

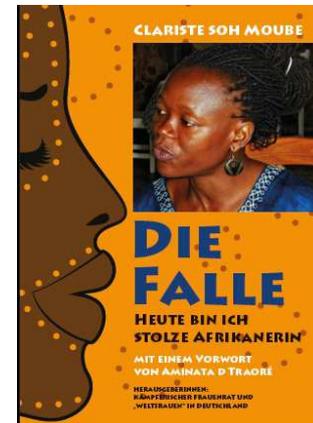
Schwester Lea Ackermann und der Verein *Solwodi e.V.* organisiert den Aufruf „*Mach den Schluss-Strich*“ und fordert die Bundesregierung auf, ein gesetzliches Verbot des Kaufs sexueller Dienstleistungen durchzusetzen.

Alice Schwarzer organisierte den „*Appell gegen Prostitution*“ und setzt sich für eine Rücknahme des Prostitutionsgesetzes von 2002 ein.

Die Unterschriftenliste finden Sie unter www.solwodi.de oder am Stand des Frauenverband Courage e.V. am Samstag, den 8. März, von 11 – 13 Uhr auf dem Berliner Platz in Witten.

NEUERSCHEINUNG

"Die Bilder der Flüchtlinge im Mittelmeer erschrecken und empören uns. Welche Hoffnungen sterben dort täglich oder enden in erbärmlichen Flüchtlingslagern? Zehn Jahre hat Clariste selbst diesen Weg der trügerischen Hoffnungen beschritten, sie wollte in Europa Karriere machen als Fußballerin und ein besseres Leben finden, ihre Familie unterstützen.



Schließlich geht sie den unbequemen Weg: Sie bleibt in Afrika! Afrika wird nur dann eine lebenswerte Zukunft haben, wenn seine Jugend sich dafür engagiert.“ (aus dem Vorwort).

Clariste Soh Moube gehört in Afrika zu den Mitorganisatorinnen der **2. Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen** vom 13. bis 18. März 2016 in Kathmandu/Nepal.

Mit dem Erlös des Buches sollen die Reisekosten der afrikanischen Delegation nach Nepal finanziert werden. **Deshalb wünschen wir uns für das Buch viele interessierte Leser/innen!**

STILLSCHWEIGEND HINNEHMEN UND GUT IST?

von Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

"Wer soll das alles bezahlen?", "Wir haben kein Geld!", "Wir müssen sparen!" - Wer kennt sie nicht, die berühmten Sätze in Krisenzeiten?! Das Haushaltsloch wächst jedes Jahr an, obwohl "gespart" wird. Es ist ohne Zweifel, dass die kommunale Finanzierung grundlegend falsch läuft. Das liegt nicht nur an der Politik in den Kommunen, sondern vor allem an den Vorgaben von Bund und Ländern. Für diese sind die Kommunen eine ständig sprudelnde Geldquelle.



Denn wenn tatsächlich immer mehr gespart würde, warum wird dann das Haushaltsloch immer größer?

In den vergangenen Jahren haben wir von AUF Witten mehrfach Schlampeereien seitens der Stadtverwaltung aufgedeckt, die viel Geld gekostet haben.

Bekannte Beispiele sind die mangelhafte Mittelnaht auf der Husemannstraße, die mangelnde Renovierung des Dachs an der Pestalozzischule, die massiven Gebäudeschäden am Rathaus.

Die genannten Beispiele sind insbesondere auf mangelnde Wartung und Instandhaltung zurückzuführen. Sie pflegen Ihre Wohnung doch auch, damit es schön aussieht und Ihre Möbel und Geräte eine lange Lebenszeit haben. Hier „spart“ die Stadt am falschen Ende, was uns teuer zu stehen kommt.

Es gibt Kommunen, die bieten den Bürgern die Möglichkeit, Schäden an städtischen Objekten oder Straßen zu melden, die diese dann sehr zügig ausbessern. Dadurch haben einige Kommunen ihre Schulden vollständig abgebaut.

Der Kern des Problems ist aber die Frage, wie die Kommunen überhaupt finanziert werden.

Mit dem neuen Koalitionsvertrag besteht scheinbar die Möglichkeit, dass Kommunen eine finanzielle Unterstützung vom Bund erhalten. **Wirklich?**

Das ganze findet unter **Finanzierungsvorbehalt** statt. Konkret heißt das: wenn die Kommunen zuwenig an den Bund abführen, ist gar kein Geld für Zuschüsse da, also verkehrte Welt!

Dabei werden seit Jahren vom Staat immer mehr Kosten auf die Städte abgewälzt, insbesondere im sozialen Bereich. Dafür verteilt er dann großzügig

Subventionen und finanziert Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Im Ergebnis sind die Städte dann gezwungen, noch stärkere Einschnitte vorzunehmen.

Was ist also die Alternative?

Zwar kritisieren kommunale Vertreter zunehmend Bund und Länder zu Recht, dass durch dieses Finanzierungsmodell die Städte über kurz oder lang vor die Wand gefahren werden.

Aber dabei wird es auch belassen. **Aleine Witten zahlt jedes Jahr über 15 Millionen Euro Zinsen für Kredite.**

Um diese Zinsen bezahlen zu können, müssen neue Kredite aufgenommen werden. Und um diese zu begleichen werden wieder Kreditzinsen fällig.

Mittlerweile ist das ursprünglich aufgenommene Kapital mehr als drei Mal zurückgezahlt worden. Haben Sie sich schon einmal von einem Freund 150 Euro geliehen und sich insgesamt 450 Euro geliehen, um die 150 Euro bei ihm begleichen zu können?

Das ist nicht nur paradox. Dadurch, dass man das stillschweigend als gegeben hin nimmt, wird der Pleitegeier buchstäblich heraufbeschworen.

Dabei ist klar, dass sich Banken und Konzerne keineswegs freiwillig ans Geld gehen lassen. Genau dort liegt aber der Hund begraben. **Deshalb werden ein paar Demonstrationen nichts ändern. Aber zu Hause bleiben mit der Einstellung, dass es ja so weiter geht, ist falsch.**

Für mich ist deshalb folgende Frage entscheidend, die ich Ihnen stellen möchte:

Wollen wir ernsthaft in einem System weiterleben, das den Profit in den Mittelpunkt stellt? Oder sollen wir endlich anfangen, uns offensiv dagegen zu wehren und uns eine Gesellschaft erkämpfen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt?

Ich meine: Wir müssen kämpfen, getreu unserem Motto

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!



EIGENTLICH ... ?!

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Liebe Leserin, lieber Leser,

diesem Wörtchen sind Sie sicher schon oft begegnet. Als Sprecher von AUF Witten höre ich es meist dann, wenn das Gespräch darauf kommt, wie und was man ändern sollte: „*Eigentlich habt ihr ja Recht*“, „*eigentlich sollte man was tun*“, „*eigentlich sind eure Ideen nicht schlecht*“, „*eigentlich müsste man massenhaft auf die Straße gehen*“! Aber in der Praxis tut sich nichts.

Für mich hört sich das so an, dass man letztlich was anderes tut oder zu tun bereit ist, als man für richtig hält. Sollte man deshalb nicht mal darüber nachdenken, womit der innere Schweinehund zu tun hat, der einen von einer für richtig befundenen Konsequenz abhält? Das wäre auch fürs Private ganz hilfreich.

Jeder von uns wird bei seinen Entscheidungen von unbewussten Hemmnissen, aber auch Zustimmungen beeinflusst. So kommen unüberlegte Handlungen genauso zustande wie gefühlsmäßige Ablehnungen. **Das ist allerdings kein Zufall, sondern Ergebnis eines ganzen Systems von Erziehung, Medien, Massenkultur.**

Auf dem Feld der Politik wirkt zu unserer aller Schaden eine Denkweise, die einem schon in der Schule beigebracht wird. Man wählt alle 5 Jahre seine Vertreter, denen man dann die Entscheidungen über sein Schicksal überlässt.

Das erzeugt nicht nur unrealistische Erwartungen in die Fähigkeiten der so

Gewählten, denen überdies angenehme Privilegien dadurch zuwachsen.

Sondern es erzeugt eine strukturelle Ohnmacht, indem man andere für sich machen lässt. Bequemerweise braucht man sich dann auch nicht zu kümmern.

Belastungen durch Beruf, Familie, Beziehungen und Existenzängste vielfältiger Art tun das übrige.

Wer es in dieser Situation von Kind an nicht gelernt hat, dass man als gewöhnlicher Sterblicher um seine Interessen kämpfen muss, wird immer wieder die Erfahrung machen, dass er sich trotz überzeugender Argumente letztlich immer wieder davon abbringen lässt, sich mit Gleichgesinnten zusammenzu-

tun und die Dinge durch eine aktive Haltung zu ändern.

Der alternative Politikansatz von AUF Witten ist eine Schussfolgerung aus der bisherigen Stellvertreterpolitik. Jeder kann mittlerweile sehen, wohin uns diese gebracht hat.

Wie wäre es, wenn Sie ab und an auf das Wörtchen „*eigentlich*“ verzichten und einem überzeugenden Argument auch die dazugehörige Tat folgen ließen, zum Beispiel mit AUF Witten aktiv würden? Zu Beginn vielleicht mit einer Spende für unseren Wahlkampf?

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!



Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Sa., 08. März:** Internationaler Frauentag, Berliner Platz 11 – 13 Uhr (siehe S.10)
- **So., 30. März:** Öffentliche Mitgliederversammlung zum Kommunalwahlkampf von AUF Witten, 11 – 14 Uhr, Hotel Specht, Westfalenstraße 104, Witten-Annen
- **Sa., 26. April:** Auftakt zum Kommunalwahlkampf von AUF Witten mit Kundgebung, Infostand und „Witten im AUFbruch“ Nr. 2/2014 von 11 – 13 Uhr am Platz vor der Stadtgalerie in der City

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de